

Antrag

der Abgeordneten Özcan Mutlu, Tabea Rößner, Kai Gehring, Beate Walter-Rosenheimer, Dr. Konstantin von Notz, Ulle Schauws, Katja Dörner, Dr. Franziska Brantner, Maria Klein-Schmeink, Elisabeth Scharfenberg, Kordula Schulz-Asche, Dr. Harald Terpe, Doris Wagner, Renate Künast und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Empfehlungen der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ zur digitalen Bildung umsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die digitale Gesellschaft ist technische und soziale Realität. Auch wenn in Deutschland an vielen Stellen die dringend notwendige Infrastruktur zur notwendigen Begleitung der Menschen in dieser digitalen Gesellschaft fehlt, ist der berufliche und soziale Alltag ohne die Fähigkeit zum Umgang mit der digitalen Realität nicht oder nur noch schwer zu bewältigen. Aus der zwangsläufigen und notwendigen Alltagspraxis erwächst aber nicht automatisch die Fähigkeit zum selbstbestimmten Umgang mit diesem Wandel oder die Kreativität zur eigenständigen Nutzung oder gar Weiterentwicklung der ökonomischen, sozialen und politischen Möglichkeiten, die sich aus der digitalen Revolution ergeben. Digitale Bildung ist in diesem Zusammenhang deshalb nicht nur als individueller, sondern auch als ökonomischer und sozialer Entwicklungsprozess zu verstehen, der ohne die erfolgreiche Vermittlung von Medienkompetenz zum Scheitern verurteilt sein muss.

Medienkompetenz ist dabei die Fähigkeit, sich eine durch digitale Technik und Medien geprägte Welt denkend, fühlend und handelnd selbstbestimmt, sozial verantwortlich und kompetent erschließen zu können. Der nicht nur reaktive, sondern produktive Umgang mit der digitalen Welt ist wie Lesen, Schreiben und Rechnen eine Kulturtechnik. Diese muss, wie die anderen Kulturtechniken, möglichst früh gelehrt und gelernt und dann auch alterübergreifend gefördert werden. Da digitale Bildung vor allem nicht von Kindern und Jugendlichen aus sozio-ökonomisch benachteiligten Familien erworben werden kann, kommt es vor allem auf formale und nonformale Bildungsangebote an. Deshalb muss in frühkindlichen, schulischen, berufsbildenden, hochschulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen unserer Republik auch digitale Bildung stattfinden. Nur so kann die digitale Spaltung der Gesellschaft verhindert bzw. überwunden werden.

Der Deutsche Bundestag befasst sich seit Jahren intensiv mit netzpolitischen Fragestellungen und der Bedeutung des digitalen Wandels für die Gesellschaft. In der 17. Wahlperiode richtete der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ ein, die im März 2010 ihre insgesamt dreijährige Arbeit

aufnahm. Im Einsetzungsbeschluss der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Bundestagsdrucksache 17/950) verständigte man sich, dass es Aufgabe der Kommission sei, konkrete Handlungsempfehlungen für den Gesetzgeber zu erarbeiten.

Dieser Aufgabe kam die Kommission unter Einbeziehung des Wissens von 17 Sachverständigen und unter besonderer Einbeziehung der Öffentlichkeit („18. Sachverständiger“) umfassend nach. Sie erarbeitete – dem Einsetzungsbeschluss weiter folgend – in zwölf thematisch gegliederten Projektgruppen nicht nur eine umfassende inhaltliche Bestandsaufnahme des weiten Themengebietes, sondern zudem insgesamt hunderte konkrete Handlungsempfehlungen (vgl. Abschlussbericht auf Bundestagsdrucksache 17/12550).

Die in den zwölf Projektgruppen der Kommission erarbeiteten Berichte und Handlungsempfehlungen wurden in zahlreichen Kommissionssitzungen umfassend beraten, in Anhörungen und Fachgesprächen vertiefend erörtert, schließlich von den Mitgliedern der Kommission beschlossen und letztendlich mit großer interfraktioneller Einigkeit im Plenum des Deutschen Bundestages verabschiedet. Während der Plenardebatte am 18. April 2013 verwiesen die Mitglieder aller Fraktionen darauf, wie wichtig es sei, die von der Kommission erarbeiteten Handlungsempfehlungen tatsächlich umzusetzen. In einer entsprechenden Initiative mit dem Titel „Den digitalen Wandel politisch gestalten – Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ umsetzen“ (Bundestagsdrucksache 18/2880) mahnte die antragstellende Fraktion, die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission auch tatsächlich umzusetzen.

Wie notwendig und dringend die Umsetzung dieser Handlungsempfehlungen gerade im Bereich der digitalen Bildung tatsächlich ist, zeigen auch die Ergebnisse der kürzlich veröffentlichten „International Computer and Information Literacy Study 2014“ (ICILS 2014). Schülerinnen und Schüler aus Deutschland schneiden nur mittelmäßig ab und die digitale Spaltung schreitet auch in unseren Bildungseinrichtungen voran. Ein „Weiter so“ darf es deshalb nicht geben.

Zwar haben die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD mittlerweile einen Antrag mit dem Titel „Durch Stärkung der Digitalen Bildung Medienkompetenz fördern und digitale Spaltung überwinden“ (Drs. 18/4422) vorgelegt und im Plenum zur Diskussion gestellt, dieser Antrag bleibt aber – wie die bisherigen Handlungen der Bundesregierung im Bereich digitale Bildung und Medien überhaupt – weit hinter den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission zurück.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

umgehend Vorschläge vorzulegen, wie die umfassenden Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ für alle Fragen digitaler Bildung, besonders jedoch aus den Bereichen

- frühkindliche Bildung, Primar- und Sekundarbildung,
- Hochschulbildung,
- Aus- und Weiterbildung,
- digitale Medien in Forschung und Wissenschaft: Open Access und Open Data,
- digitale Informations- und Kommunikationstechnologien als Gegenstand von Forschung und Innovation sowie
- Potenziale von Informations- und Kommunikationstechnologien im Wissenschaftsbereich

schnellstmöglich umgesetzt werden können.

Auf der Basis des neu gefassten Art. 91b Abs. 1 GG sind Vorschläge und Maßnahmen vorzulegen, wie der Bund die Länder und Kommunen sowie Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ unterstützen kann.

Berlin, den 9. Juni 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

